

Auch die Senioren stimmten mehrheitlich gegen Casino-Verbot

Liechtenstein-Institut Laut ersten Ergebnissen der Abstimmungsbefragung standen die Meinungen zum Casino-Verbot früh fest. Die Senioren sympathisierten mit der Initiative zwar am stärksten, aber auch sie lehnten die Vorlage mehrheitlich ab.

VON HANNES MATT

Am Sonntag hatten die Liechtensteiner Stimmbürger in Sachen Casinos ein klares Verdikt erteilt: 73,3 Prozent lehnten die Initiative der IG Volksmeinung ab, Casinos innert fünf Jahren zu verbieten bzw. dies in der Verfassung festzuschreiben. Die Meinungen der Stimmbürger dazu standen schon früh fest, wie die ersten Ergebnisse der Wahlbefragung des Liechtenstein-Instituts zeigen. 1566 Stimmbürger haben daran teilgenommen. 85 Prozent davon hätten bereits von Beginn an gewusst, wie sie abstimmen werden. Die «Spätentscheider» tendierten dann auch eher zu einem «Ja» für die Vorlage.

«Keine sozialen Gräben»

Und wer hat wie abgestimmt? «Weder das Geschlecht, das Alter noch sozioökonomische Merkmale wie das Einkommen, die Beschäftigung oder der Schulabschluss waren von erheblicher Relevanz für den Entscheid», schreibt das Liechtenstein-Institut in der Analyse. In puncto Alter hätten Senioren (70+) zwar noch am stärksten mit dem Verbot von Casinos sympathisiert, aber auch sie lehnten das Verbot mit 55 Prozent mehrheitlich ab. «Soziale Gräben öffneten sich am Abstimmungssonntag im Gegensatz zu den vorherigen beiden Urnengängen demnach nicht», so das Liechtenstein-Institut. Politische Merkmale hätten ebenfalls keinen überragenden Einfluss auf den Entscheid gehabt, wie es weiter heisst: VU- und FBP-Sympathisierende verwarfen das Begehren in hohem Bogen (mehr als 80 Prozent), bei der DpL-Anhängerschaft und den Parteungebundenen lag der Nein-Stimmenanteil nur leicht tiefer. Einzig die



Dass Geldspiel schädlich ist, da sind sich alle einig – nicht aber, wie damit umgegangen werden soll. (Symbolfoto: SSI)

Freie-Liste-Gefolgschaft nahm das Begehren an. «Aber nur knapp», wie es heisst. «Fast die Hälfte der FL-Anhängerschaft verwehrt demnach der Ja-Parole ihrer Partei die Gefolgschaft.» Das sei angesichts der üblicherweise hohen Parolendisziplin bei FL-Anhängern durchaus bemerkenswert, schreibt das Institut. So stiess die Vorlage gemäss Wahlbefragung zwar bei denen, die sich «links-aussen» orteten, auf Zustimmung – aber bereits im gemässigt-linken Lager fiel die Vorlage mehrheitlich durch. Für die Mitte und im rechten Lager war das Casino-Verbot indes chancenlos. «Wer mehr Staatseingriffe im Markt wünscht, legte meist auch ein Ja in die Urne», so ein weiteres Fazit der Wahlbefragung. «Je stärker man jedoch den freien Wettbewerb bevorzugt, desto eher

tendierte man zu einem Nein.» Dezierte Marktbefürworter hätten die Vorlage fast unisono abgelehnt. «Wer der Ansicht ist, der Markt koordiniere Angebot und Nachfrage effizienter als der Staat, lehnte das Begehren ebenfalls meist ab – wer gegenteiliger Ansicht ist, hiess es oft gut», so das Liechtenstein-Institut. «Eine klare Mehrheit hierzulande vertraut also dem Markt im Generellen (und ergo wohl auch dem Spielbanken-Markt im Speziellen) sich selbst zu regulieren.» Gewicht beim Stimmenscheid ortet das Institut auch der persönlichen Haltung zum Geldspiel bzw. den Casinos zu. Hier ist zumindest ein Drittel der Befragten der Meinung, dass es im Umfeld von Spielbanken immer wieder zu Geldwäsche, Prostitution oder Drogenverkauf komme. Wer Geldspiel aus mo-

ralischen oder sozialen Gründen kategorisch ablehnt, legte auch zumeist ein Ja für das Verbot in die Stimmurnen. Doch nicht nur die Unterstützer beurteilten Geldspiel als schädlich, auch 94 Prozent der Nein-Stimmen. Da es sich jedoch nicht aus der Welt schaffen liesse, solle der Staat das Geldspiel aber lieber kontrollieren und regulieren statt verbieten – ganz nach dem Grundsatz: «Kontrolle und Regulierung: Ja – Verbot: Nein, weil nutzlos». Entsprechend einig zeigten sich beide Lager bei der Frage nach der Notwendigkeit der Regulierung des Geldspiels. «So betrachten auch die meisten Nein-Stimmen ihren Stimmenscheid nicht als Freifahrtschein für eine komplette Liberalisierung des Geldspielmarktes», wie das Liechtenstein-Institut zum Schluss kommt.